

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

58. Jahrgang

Leipzig, den 19. Oktober 1920

Nummer 118

Gewerblicher Rundblick

Es ist, wie wohl nicht groß versichert zu werden braucht, ganz gegen unsere Dispositionen gegangen, daß wir seit dem 7. Oktober durch Verteilung widriger Anstände und Befriedigung anderer eingetretener Notwendigkeiten nun erst dazu kommen, unter dieser zeitweiligen Rubrik weitere wichtige Vorgänge und Erklärungen in kurzer Form zu behandeln, wie es in den Nrn. 103, 109 und 113 bereits mit elf Materien geschehen ist und in der nächsten Nummer noch mit einer Anzahl erfolgen wird. Wiesmal soll nur beleuchtet werden, wie man sich an Prinzipalsseite in Deynhausen (siehe darüber in andern Punkten in Nr. 113) die große Sache zurechtgelegt hat, die in der nächsten Woche in Berlin ihre lange erwartete Aufrollung finden wird. Die Antragstellung selbst erfährt noch besondere Behandlung. Der Kampf im Berliner Zeitungsgewerbe, dieser glücklicherweise doch noch lokalisierte heftige Brand, scheidet für diese Betrachtungen aus.

Wollte man die Prinzipalstagung in Deynhausen und die Tarifverneuerung nur danach beurteilen, was darüber die „Zeitschrift“ in Nr. 40 berichtete oder was das Prinzipalsorgan jetzt, in Nr. 42, zu den „formulierten“ Anträgen gesagt hat, dann würde das ein sehr unvollständiges Bild geben. Abrundung wird es ja erst während der Tarifberatungen finden. Was die „Zeitschrift“ eine „gedrungene programmatische Ausführung der Kernpunkte des Tarifs“ nennt, ist nach unserer und anderer Leute Auffassung weiter nichts als ein Spiel mit verdeckten Karten, wenn man auch einige Trümpfe schon sichtbar werden läßt, die allerdings fastige Schlüsse auf das, was noch kommt, zulassen.

Die Verhandlungen in Deynhausen am 26. September sind wohl präpariert gewesen. Zwei- und dreitägige Vorbereitungen in kleineren Kreisen machten die vorgesehene Ausdehnung der Hauptversammlung am den 27. September überflüssig. Wenn es auch nicht in allem wie am Schnürchen ging, denn dafür fehlt es in tatsächlicher wie ideeller Beziehung zu sehr an der Einheitsfront im Deutschen Buchdruckerverein, rein äußerlich klappte die Regie in Deynhausen doch. Als Hauptzugkraft hatte man sich den Geheimrat Bügenstein verschrieben, von dem ja vorausgesehen werden kann, daß er das Kind schon schaukeln wird, wie der Berliner sagt. Dr. Guber, der die Verbrüderung zwischen DBV und V. D. Z.-V. als guter Redner jedenfalls sehr wirksam leitete, ist mehr als bloßer Gast geworden. Dr. Alinhardt, der erste Prinzipalvorsitzende, fehlte auffallenderweise. Die Berliner Opposition (Schnürdrucker) und die bayerische Provinzopposition (Sabbel [Regensburg]) maunten die Oberfläche bewegter. (Die weit unglücklicher agierende Opposition gegen die Lehrlingsordnung — voran Herr Babst aus Hamburg — hat in Nr. 113 Erwähnung nach Gebühr gefunden.) Für den verstorbenen, nicht nach jedermanns Gefallen im DBV. steuernden Generalsekretär Köhler amte als Nachfolger nur mit dem Syndikusstütel der Whellor a. D. Grische in schon aus noch fehlender Sachkenntnis gebotener Zurückhaltung. Die Tagung in Deynhausen wies schon infolge Verbindung mit der (vorausgegangenen) Berufsgenossenschaftsversammlung sehr guten Besuch auf. Wenn es auch offiziell nur den Tarifpunkt zu behandeln gab, so läßt sich dafür ja ohne weiteres großes Interesse auch für die Prinzipale annehmen. Daß die „Zeitschrift“ in einem Nachwort von einem mitunter ziemlich heftigen Widerstreit der Meinungen, dann von der neugefälligen Geschlossenheit spricht und schließlich die mancherlei Tagungen (die Adreßbuchverleger machen eine neue Sparte auf) „äußerlich einen wohlgeordneten und allseitig befriedigenden Verlauf“ nehmen läßt, bestärken uns in Vermutungen, die in Deynhausen manches Hindernisrennen sich abwickeln sahen. Die fehlende Homogenität zwischen Leipzig und Berlin wird gar manchmal dabei eine Rolle gespielt haben.

Geheimrat Bügenstein erwähnte in seinem prinzipiellen Referat auch die Vorbereitungen mit einer Vertretung der Gehilfen. Zur Erklärung darüber möchten wir kurz mitteilen, daß diese ein Wunsch der während unserer Gauvorsteherkonferenz abgehaltenen Sitzung des geschäftsübrenden Ausschusses vom DBV, am 11. September in Berlin stattfand. Von unserer Seite nahmen fünf Vertreter daran teil. Die Prinzipalvertretung trug ihre Ansichten über die Neuerung des Tarifabschlusses zwischen den Organisationen vor, worauf unsererseits dargelegt wurde, welche eigenartigen Entwicklungslinien der Prinzipalstandpunkt in dieser Angelegenheit zeige, wie gerade von der andern Seite dem Organisationsvertrage die Seele genommen wurde und danach fast nur ein lautes Ueberbleibel von Verpflichtungen für die Gehilfen geblieben ist, nach dem wir uns wahrlich nicht zurücksehnen. Daß der jetzt gewünschte Organisationsstreik auf Gehilfenseite nach alledem keine Begeisterung erwecken könne, darüber wurde kein Zweifel gelassen. Die in Vorbereitung befindliche gesetzliche Regelung der Arbeitsverhältnisse (und auch Erörterung, soweit Kenntnis darüber bestand, die von Prinzipalsseite uns geschilderten Schwierigkeiten, die bei ihr vorliegenden vielen Anträge in der vom Tarifamt gestellten Frist formuliert herauszubringen, vermochten auf unserer Seite nicht zu überzeugen. Vor allen Dingen wurde dem Vorwurfe widersprochen, das Tarifamt hätte — wieder einmal — seine Bezugnisse bei den Terminansetzungen überschritten. Die Einhaltung einer nochmals erbetenen Hinauszögerung verlangte die Gehilfenvertretung mit aller Entschiedenheit. Wenn man nun die elf „Anträge“ von Prinzipalsseite — es sind jedoch fast nur Stichwörter — vor sich sieht, dann lassen sich die behaupteten Schwierigkeiten der Antragstellung nicht mehr verstehen. § 98 des Tarifs schreibt die Stellung von Spezialanträgen vor. Die Prinzipale würden mit ihrer diesmaligen Methode der Antragstellung nicht durchkommen, wenn eine Tarifrevision in Frage käme. Da aber der Tarif von beiden Seiten gekündigt worden ist, also etwas Neues geschaffen werden soll, so muß ihnen dieser Echobzug dahingehen. Daß von Gehilfenseite dagegen dem Tarifamt eine vollständige Tarifvorlage eingereicht worden ist, zeigt zur Genüge, daß unsererseits nicht mit verdeckten Karten gespielt wird. Es hätte das auch gar keinen Zweck und wird von den Prinzipalen schon noch als Fehler empfunden werden. Wenn die Tagung in Deynhausen dem schon zwei Tage vorher gefassten Antrage der Vorstandsmittglieder und der Tarifkreisvertreter zustimmte, die vom Tarifamt eingeleiteten Maßnahmen für die Tarifberatung „unter Berücksichtigung der einschlägigen Verhältnisse als gehen anzu sehen“, so wurde damit ein Streit begraben, der in seiner Auerquchlichkeit nur durch die Prinzipalsorganisation entstanden ist. Der in jener Vorbereitungszeit von Prinzipalsseite gewünschte Erhöhung der Organisationsvertreterzahl auf acht wurde unsererseits zugesagt, da wir damit auch die Hände freibekommen für wichtige weiterheranziehenden zu den Tarifverhandlungen.

Was Geheimrat Bügenstein ausführte, kann man nicht beurteilen nach dem, was darüber in der „Zeitschrift“ zu lesen ist. Es muß vielmehr das herausgelesen werden, was nicht in solchen Beschlusprotokollen oder Verhandlungsprotokollen zu finden ist. Auf die im Mai stattgehabte erstmalige Hauptversammlung in diesem Jahre — der Deutsche Buchdruckerverein hat also zweimal im Jahre 1920 Generalversammlung abgehalten und ist trotzdem nicht zu der gewohnten alljährlichen Tagung mit ihrem ordentlichen Aufgabenkreis gekommen — amüßigend, betonte der Referent, der im Mai gefasste Beschluß auf Tarifkündigung hätte nicht die Herbeiführung einer tariflosen Zeit zur Absicht gehabt, es handle sich vielmehr um eine motivierte Kündigung. Von dieser Motivierung hat man allerdings so gut wie nichts vernommen. Bei der schon berührten Vorbereitungszeit konnten wir sogar den Eindruck gewinnen, als wäre man überhaupt nicht recht in welche Situation man sich durch die „motivierte“ Kündigung gebracht habe und was nun zu tun sei.

Die Hilfesteller über die schlechte gewerbliche Lage übergehen wir, denn darüber verleben die Gehilfen auch zu urteilen und können deshalb durchaus nicht dem Referenten darin beipflichten, daß bei der Prinzipalität die Sorgen um die Existenz „mindestens so groß“ seien wie bei den Gehilfen. Das ist vielmehr eine solche Verkennung unserer sehr bedrückten Verhältnisse, daß wir gegen eine derartige geschränkte Milderung der Existenzschwierigkeiten beiderseits protestieren müssen; es ist das um so mehr notwendig, als dem Geheimrat Bürgelstein bereits in der Vorberprechung seine grundsätzliche Auffassung über die materiellen Grundbedingungen der Gehilfen korrigiert wurde. Bemerkenswert war der über die 25prozentige Entschädigung bei Verkürzarbeiten zum Ausdruck gekommene Mißmut: alle Anträge der Prinzipalvertreter auf Abschaffung oder Milderung seien von der Gehilfenvertretung abgelehnt worden. Die Fragen des Abchlusses eines Organisationsstatuts, der von den Gehilfen geforderten Urabstimmung, des Streiktes „Die Provinz — die Großstadt“, der Verstärkung der Organisationsvertretungen im Tarifausweise sind von dem Referenten mehr oder weniger in ihrem Für und Wider erwogen worden. Aber das Wie ergaben sich aus dem Verlaufe nicht einmal Anhaltspunkte für eine nähere Betrachtung. Die zum Schluß wiederkehrende Hoffnungsäußerung des Verhütens einer tariflosen Zeit erweckt den Eindruck, als ob man einfach mit der „mollieren“ Tarifkündigung zu weit gegangen zu sein, weil nicht recht überlegt.

Herr Schnürdreher (Berlin) als erster Diskussionsredner konnte dem neuen Prinzipalsprojekte mit dem Organisationsstatut gar keinen Gesichtsraum abgewinnen, ging die geschichtliche Entwicklung der Organisationsform durch (die, wenn richtig dargestellt, der führenden Prinzipalität eine recht inkonsequente Haltung nachweist, was von Gehilfenseite schon in der Vorberprechung genügend geschehen ist), folgerte aus einem Organisationsstatut schließlich den Organisationszwang, wollte wissen, welche großen Vorteile für die Prinzipale denn aus einem andern Verhältnisse wie dem von Allgemeinheit zu Allgemeinheit entstehen könnten und erwähnte, daß der Kreis VII (Berlin) gegen einen Organisationsstatut sei. Herr Schnürdreher ist bekanntlich nicht unser Mann, aber in diesem Punkte hat er eher um Zustimmung als der andere Teil. Die Schnürdreherischen längeren Ausführungen, die wohl noch manches kritisch erörterten, riefen gleich den Referenten noch einmal auf den Plan, der u. a. bemerkte, über die Frage, ob der Deutsche Buchdruckerverein die Führung in Sachen des Organisationsstatuts übernehmen solle, könne man ja gefeilter Meinung sein. Das klingt merkwürdig, denn der Anstoß dazu geht doch vom DBV aus. Wenn Geheimrat Bürgelstein in seinem Schlußworte dann betonte, hier für den Organisationsvertrag zu erklären, nach den von der Gehilfenseite kommenden Bedenken den Antrag aber wieder zurückzuziehen, das ginge doch nicht, so spiegelt das zweifellos ziemlich große Unsicherheit in dieser Frage wider. Der Vorstand des DBV, machte durch den Vorsitzenden Dr. Petersmann seine Zustimmung zum Organisationsstatut deutlich. Herr Salbel (Regensburg) erklärte sich auch dafür, beklagte sich aber über mangelnde Berücksichtigung der Provinzinteressen durch die Prinzipalsorganisation. Herr Sabbel meinte damit vermutlich, die Provinz müsse in tariflicher Beziehung besser gestellt werden, dürfe nicht unter dem von der „Großdruckstadt“ oder „von Berlin gemachten“ Tarife leiden, wie es so oder ähnlich oft heißt. Da muß man allen Ernstes fragen, ob denn die Unterschiede noch größer werden sollen, als sie leider schon sind? Daß davon keine Rede sein kann, vielmehr eine Angleichung statzufinden hat, ist auf Gehilfenseite gar nicht kritisch. Nach weiteren Rednern fiel die Abstimmung für den Organisationsstatut aus, aber Berlin mit seinen sechs Stimmen votierte dagegen. In einer so wichtigen Frage jedenfalls ein bemerkenswertes Faktum.

Herr Heenemann referierte über den materiellen Teil des neu abzuschließenden Tarifs. Die von den Prinzipalen betriebene grundlegende Änderung der Entlohnungsform, d. h. Einführung des Stundenlohnes, womit in der Gehilfenschaft ein wahrer Knalleffekt erreicht worden ist, wird in seinen Ausführungen einen großen Rahmen eingenommen haben. „Die Möglichkeiten für eine gesunde Produktion“, wie ein damit zusammengehöriger Satz lautet, sind unseres Erachtens gar nicht so dünn geät; höchstwahrscheinlich finden wir sie aber auf andern, besseren Wegen. Freies, Merkstunden und Lohlohnzuschläge werden nur als Sackworte aus dem Referat angeführt. Über den eventualen Abbruch eines Manteltarifs für das graphische Gewerbe wurde die Verammlung auch unterrichtet. Ob das von Herrn Heenemann in größerer Klarheit erfolgte, als wir bisher die Ansichten darüber vernahmen konnten, läßt sich nach der bloßen Erwähnung im Verlaufe nicht sagen. Die Trennung der Vorführerposten im Tarifamt und Tarifausweise, die Erweiterung des Tarifamts als Vernehmungsinstanz, die Vollerhebung der Kosten in einem den DBV entlastenden Ehme — die ad acta zu legenden Allgemeinheiten erheben also wieder als materiell wichtiger heranzutretender Faktor — sowie der Wunsch auf Erreichung eines neuen Tarifs in bisheriger friedlicher Weise und auf dauernden Frieden im Gewerbe sind als die weiteren Hauptmomente des Referats zu nennen.

Die hierauf folgende Aussprache soll wieder lehrhaft und interessant gewesen sein. In letzterer Hinsicht schon deshalb, weil gerade durch die Provinzinteressen entschieden eintretende Herr Sabbel große Gedanken gegen die Einführung des Stundenlohnes vorgebracht haben muß. Darüber suchte Herr Chaladier (Leipzig) zu beschwichtigen; er habe aus allen andern Gewerben sich dafür die Unterlagen vernommen. Herr Chaladier rief in Leipziger Wirkung auch zur Prinzipalsolidarität gegenüber den Gehilfen auf; man müsse den Mut haben, die zusehenden tariflichen Rechte jederzeit dem Personal gegenüber zu verteidigen. Was damit gemeint sein soll, wird nicht erkennbar gemacht. Von Herrn Heenemann wurden die Befürchtungen des Herrn Sabbel über die „Schattenseiten der neuen Lohngestaltung“ zerstreut mit dem Bemerkten, es sei bei den vorherigen Kommissionsberatungen dafür schon ein entsprechender Ausgicht vorgeesehen. Man hat also ebenfalls Befürchtungen und nicht von vornherein nach Mitteln des Schmachthaltermasens! Herr Chaladier entsagte später Herrn Zickfeld (Osterröden), der wohl Bedenken gegen soziale Forderungen der Gehilfen äußerte und dabei die „Arbeitsgemeinschaft“ nannte, aber jedenfalls die „Berufsgemeinschaft“ damit meinte, der Buchdruckertarif dürfe nur ein reines Tarifgesetz sein und es müsse alles herausgelassen werden, was gesetzlich geregelt ist. Nun, darüber wird im Berliner Ingenieurhause noch zu sprechen werden. Herr Sabbel wolle ferner unter Berufung auf den Fall Eiberfeld in dem Organisationsstatut die unbedingte Preisfreiheit ausgedrückt wissen. Dem widersprach Herr Heenemann. Die Sicherung der Preisfreiheit sei schon durch die Reichsverfassung gewährleistet; das Tarifamt sei dem Eiberfelder Übergabe mit aller Entschiedenheit entgegengelassen. Durch den Manteltarif befürchtete Herr Suble (Weserford) eine unglaubliche Belastung der Tarifverhandlungen, da doch andere Gewerbe in dem Manteltarif untergebracht werden müßten; er erwarte, davon Abstand zu nehmen. Herr Dr. Petersmann entgegnete darauf, es wäre unerkennbar eine Bewegung im Gange, das ganze graphische Gewerbe in einem Manteltarif zusammenzufassen; die Inhaber gemäßer Betriebe hätten ein großes Interesse daran. Gewiß bereite die Angelegenheit mannigfache Schwierigkeiten, aber es lämen voraussichtlich nur allgemeine Richtlinien in Betracht. Auch Herr Allwein gab zu, daß über den Begriff „Manteltarif“ noch Unklarheit herrsche, man könnte darunter nur die Regelung des Überstundenwesens, der Ferien und der Kündigungskrisen verstehen, nicht aber die Festsetzung des Lohnes. Ob diese knappegehaltene Deklaration überzeuge? Herr Allwein schob ferner die Gründung des graphischen Kartells (Graphischen Bundes) als Beweggrund zur Schaffung des Manteltarifs vor. Was stimmt nicht ganz, denn Herr Dr. Petersmann ist unsres Wissens der erste Antrag gewesen.

Von den angenommenen Anträgen sei erwähnt, daß der über den Organisationsstatut den Abschluß „fernerhin als wünschenswert anzustreben“ nennt. Das ist recht dehnbar gesprochen und läßt erkennen, daß die Vorberprechung mit den Organisationsvertretungen der Gehilfen Wahler in den neuen Weis schüttelte. Der Zeitungsverlegerverein erhob von der erweiterten Vertretung der Prinzipalsorganisation im Tarifausweise zwei Sitze (Dr. Faber und Dr. Knitte), die Provinz ebenfalls zwei (Graf [Günzburg] und Becker [Einsheim]).

Die Prinzipalsitzung in Deynhausen in Verbindung mit der Tariferneuerung ist damit wenigstens etwas festgehender gekennzeichnet. In Berlin dürfte sich in der nächsten Woche noch manches andre ergeben, und es wird sich zu zeigen haben, bis zu welchem Grade das Konzept von Deynhausen vorhält. Mit dem Tarifamte wird man ja wohl auch etwas vorhaben. Die Dezentralisation in Tarifämter würde allerdings ein Vergleichen sein, das größte Wachsamkeit auf Gehilfenseite finden müßte, denn das wäre der erste Schritt vom Wege der Einheitlichkeit. Widerstehe den Anfängen, muß aber auch sonst nach eines alten Lateiners Weisheit die Lösung für die Gehilfenpartei sein.

Nach dem Kampf im Berliner Zeitungsgewerbe

Näheres über den Ausgang

Wie wir in letzter Nummer bereits mitteilen konnten, ist es erfreulicherweise gelungen, den das Gesamtgewerbe, die Öffentlichkeit und weite Kreise des Wirtschaftslebens berührenden Kampf im Berliner Zeitungsgewerbe auf dem Verhandlungswege zu einem vernünftigen Abschlusse zu bringen. Infolgedessen sind die Berliner Blätter alsbald wieder erschienen.

In erster Linie dürfte unsre Leser der Inhalt des Vergleichs interessieren, auf Grund dessen die Arbeit am Donnerstagnachmittag wieder aufgenommen wurde. Dieser Vergleich wurde abgeschlossen zwischen dem Arbeitgeberverbande für das Berliner Zeitungsgewerbe einerseits und dem Verbande der Deutschen Buchdrucker, dem Verbande der Buch- und Steindruckerehilfsarbeiter, dem Verbande der Buchbinder und Papelerarbeiter sowie dem Deutschen Transportarbeiterverband andererseits. Er lautet:

1. Sämtliche Arbeitnehmer werden wieder eingestellt und das Arbeitsverhältnis gilt als nicht unterbrochen. Maßregelungen irgendwelcher Art unterbleiben von beiden Seiten.

2. Die Arbeitsaufnahme erfolgt am Donnerstag, dem 14. Oktober 1920, mittags 12 Uhr.

3. Bei der nächsten Lohnzahlung, spätestens bis Sonnabend, den 16. Oktober, erhalten die Arbeitnehmer 75 Proz. des Lohnes einschließlich der übrigen Zuzagen für die ausgefallenen Tage. Die Zahlung der restlichen 25 Proz. wird von der Entscheidung eines vom Reichsarbeitsministerium einzusehenden Schiedsgerichts abhängig gemacht, welches zu der Streitfrage grundsätzliche Stellung nehmen soll.

4. Diese Abmachung gilt zugleich für alle Organisationen, die Angehörige im Zeitungsgewerbe haben.

Ein zweiter Vergleich zwischen dem Arbeitgeberverbande für das Berliner Zeitungsgewerbe und dem Zentralverbande der Angestellten (Bezirk Groß-Berlin) sowie dem Angestelltenverbande des Buchhandels, Buch- und Zeitungsgewerbes befragt:

1. Die Gehaltsätze des Tarifvertrags vom 31. Mai 1920 erfahren folgende Abänderungen:

Die Gehaltsgruppen A und B erhalten einen Zuschlag von 12 Proz. für Ledige und von 15 Proz. für Verheiratete.

Die Gehaltsgruppen C und D erhalten einen Zuschlag von 10 Proz. für Ledige und von 12¹/₂ Proz. für Verheiratete. Lehrlinge und Angelernte erhalten einen Zuschlag von 15 Proz.

Adressenschreiber und diätarisch beschäftigte Hilfsarbeiter erhalten unter 20 Jahren einen Zuschlag von 3 Mk. täglich, über 20 Jahre einen Zuschlag von 4 Mk. täglich.

2. Diese Zahlungen gelten für die Zeit vom 15. September bis 31. Dezember 1920.

3. Streiktage werden nicht bezahlt.

4. Sämtliche Angestellten werden wieder eingestellt und das Arbeitsverhältnis gilt als nicht unterbrochen. Maßregelungen irgendwelcher Art unterbleiben von beiden Seiten.

5. Die Arbeitsaufnahme erfolgt am Donnerstag, dem 14. Oktober 1920, mittags 12 Uhr.

Die Versammlungen der sämtlichen an der Bewegung beteiligten Angestellten- und Arbeitergruppen stimmten am Donnerstagsvormittag dem von den Verbandsvorständen mit dem Arbeitgeberverband getroffenen Abkommen mit großer Mehrheit zu.

Aber gewisse außenpolitische Wirkungen des jüngsten Kampfes im Berliner Zeitungsgewerbe und über den von der Regierung auf die Zeitungsverleger ausgeübten Druck finden sich in einer Erklärung des Arbeitgeberverbandes für das Berliner Zeitungsgewerbe recht interessante Angaben, die zugleich auch auf den Gang der Verhandlungen schließen lassen, die von früh 10 Uhr bis abends 9 Uhr dauerten. In einer Unterredung, zu der die Vertreter des Arbeitgeberverbandes nach dem Reichsarbeitsministerium geladen waren, wies Unterstaatssekretär Sirch im Auftrage des Gesamtministeriums die Vertreter der Zeitungsverleger darauf hin, daß das Nichterscheinen der großstädtlichen Presse von der Regierung mit Besorgnis empfunden werde. In außenpolitischer Beziehung mache sich dies dadurch bemerkbar, daß das Ausland keine Berichte in einseitiger Darstellung erhalte und auf weitgehende Arbeiterunruhen schließe; eine Tatsache, die in wirtschaftlicher Beziehung auch auf die Entwicklung der Valuta ungünstig einwirke. In innerpolitischer Beziehung müsse es als unerwünscht bezeichnet werden, wenn gerade in der Schluszeit, in der wichtige Parteitage abgehalten würden, jede Berichterstattung durch die bürgerliche Presse der Reichshauptstadt ausfalle. Auf den Hinweis der Zeitungsverleger, sie seien unmöglich in der Lage, weitere Belastungen, wie die neuen Gehaltsforderungen sie darstellten, zu fragen, und auch die Abkommen und Interessen lehnten jede weitere Belastung durch eventuelle Abwägung rundweg ab, erklärte der Staatssekretär, die Regierung müsse angesichts der geschilderten Umstände das Opfer von den Zeitungsverlegern verlangen; lehnen Endes werde die Regierung genötigt sein, die Arbeitgeber zu Lohnerböhrungen zu zwingen, wenn sie sich nicht freiwillig dazu entschließen, da sie das Nichterscheinen der Zeitungen nicht länger mit ansehen könne. Angesichts dieser Erklärungen hätten die Zeitungsverleger die neuen Belastungen, die die Gehaltserböhrungen für die kaufmännischen Angestellten darstellten, auf sich nehmen müssen.

Wir vermögen nicht zu glauben, daß die bessere Einsicht der Groß-Berliner Zeitungsverleger allein auf den regierungsseitigen Druck in der Vorbereitungszeit zurückzuführen gewesen ist. Dagegen spricht das Verhalten der Vertreter der Zeitungsverleger in den Verhandlungen vor dem Reichsarbeitsministerium. Es scheint sich bei den Hinweisen des Arbeitgeberverbandes auf die Pressionsmittel der Regierung mehr um eine Art Rückzugshannonade zu handeln. Wenn die langwierigen und schwierigen Verhandlungen vor dem Reichsarbeitsministerium schließlich doch zu dem bekannten günstigen Ergebnisse führten und somit die Verleger ihre weitgesteckten Machtpläne ausgaben, so hat sicherlich der feste Zusammenhalt der Angestellten im Zeitungsgewerbe und die unbedingte Solidarität der beteiligten Arbeitergruppen das maßgebende

beigetragen. Das Strafgefühl der Angestellten und Arbeiter des Berliner Zeitungsgewerbes vermochte auch der Verrat der gelben Angestelltenverbände nicht im geringsten zu erschüttern, die bekanntlich durch den Abschluß eines lendenlahmen Sondervertrags mit dem Arbeitgeberverband ihren kämpfenden Arbeitsbrüder in den Rücken stießen. Der Erfolg der freigewerkschaftlichen Bewegung wird von großer moralischer Wirkung auf alle ihr noch fernstehenden Angestellten und Arbeiter sein.

Verlauf und Ergebnis des ersten Betriebsrätekongresses

II.

Nachdem das gewaltige Problem der Sozialisierung am ersten und zweiten Tage des Betriebsrätekongresses nach der theoretischen Seite hin eine Ausrollung erfahren hatte, wurden am dritten Verhandlungstage die praktischen Möglichkeiten und Bedingungen erörtert, unter denen die gemeinwirtschaftliche Arbeit der Betriebsräte vor sich zu gehen hat. Die Verhandlungen wurden kurz nach 8 Uhr vom Vorsitzenden Reintrikens (Essen) eröffnet. Vor Eintritt in die Tagesordnung setzte ein erneuter Kampf um die Storerale ein. Mit Rücksicht auf die beschränkte Zeit und um den Betriebsräten Gelegenheit zu geben, sich über die wichtigsten Punkte der Tagesordnung auszusprechen zu können, war von einem Axieler Delegierten die Ablehnung von Storerenten beantragt worden, was von der Opposition mit stürmischen Widerprüchen beantwortet wurde. Schließlich wurde der Antrag abgelehnt.

Darauf erhielt Robert Dymann, der Vorsitzende des Deutschen Metallarbeiterverbandes, das Wort zu seinem Referat über: „Die Aufgaben und die organisatorische Zusammenlegung der Betriebsräte“. In der Hauptsache führte der gewandte Redner aus: Die Tätigkeit der Betriebsräte muß orientiert werden an der Hand der vorliegenden Verhältnisse und vom Standpunkte des revolutionären Sozialisten. Nur die Beseitigung der kapitalistischen Ausbeutung und die Einführung der sozialistischen Bedarfsdeckungswirtschaft kann uns aus dem Elend retten. Sind wir vorbereitet, um den Sozialismus verwirklichen zu können? 1914 hatten wir ein blühendes Wirtschaftsleben. Heute herrscht allgemeines Elend. Die Bevölkerung ist durch jahrelangen Hunger degenieriert und gesundheitlich geschwächt. Die Moral, ohne die wir den Sozialismus nicht aufbauen können, ist gesunken. Wir kommen nicht zum Sozialismus durch rohe Gewalt, sondern durch stillliche und geistliche Kraft. Während des Krieges ist Raubbau mit untern Rohstoffen getrieben. Jetzt leben sie uns. Alles hat der Weltkrieg vernichtet. Wir können die Anforderungen der Zeit nicht erfüllen, denn wir haben nicht Geld, wir haben nicht Mittel. Mit Recht haben wir während des Krieges den Wucher und die Schieberei verurteilt. Nach der Revolution ist das Wucher- und Schiebertum noch stärker geworden. Wir sind dadurch inurchbares Elend gekommen. Das Kapital fühlt sich international solidarisch, während wir uns national die Köpfe einschlagen. Das Kapital ist nur auf seinen Profit bedacht und heufet uns ohne Rücksicht aus. Der Reallohn der Arbeiter ist gesunken. Wo wäre das deutsche Proletariat geblieben, wenn es seine Gewerkschaften nicht gehabt hätte! Man macht ihnen mit Unrecht den Vorwurf, daß sie nicht einmal den Reallohn auf seiner alten Höhe erhalten konnten. Denn ohne die Tätigkeit der Gewerkschaften würde die Lage der Arbeiter heute noch viel schlechter sein. Die Wirtschaftskrise hat in der schärffsten Form eingeleitet. Man darf nicht glauben, daß sie im Abflauen begriffen sei, wenn auch die Zahl der Arbeitslosen ein wenig zurückgegangen sein soll. Die Zahl der Kurzarbeiter ist eine ungeheure, sie vergrößert sich fortgesetzt. Die Wirtschaftskrise kann nur beseitigt werden, wenn wir den Kapitalismus abschaffen und die sozialistische Wirtschaft einführen. Aber den Weg, der zu diesem Ziele führt, wollen wir uns sachlich auseinanderlegen, wie es uns als Betriebsräten zukommt. Die Arbeitslosen aufzuspüren, das bringt der Dummste fertig. Mit einer ausgebehten Masse können wir den Sozialismus nicht aufbauen. Dazu bedarf es des entschlossenen Willens und der klaren Einsicht. Daß alles getan werden muß, um den Arbeitslosen zu helfen, ist selbstverständlich. Die produktive Erwerbslosenfürsorge muß ausgebaut werden. Das Bauwesen muß nach sozialistischen Grundsätzen betrieben werden. Dann können wir der Wohnungsnot abhelfen und diesen Tausenden Erwerbslosen Arbeit schaffen. Bürgertum und Kapital stehen geschlossen da, aber die Arbeiter schlagen sich die Köpfe ein. Wenn der Storgreß Beschluß faßt, die das Proletariat zur Einheit führen, dann hat er die wertvollste Arbeit geleistet, die in den letzten Jahren gemacht werden konnte. Die harten Friedensbedingungen, das Abkommen von Spa werden unser Wirtschaftsleben weiter schwächen. Wer kann uns von diesen schweren Bedingungen retten? Es kann nur dadurch geschehen, daß wir das Proletariat der Orientländer gewinnen! In Frankreich liegt der Kapitalismus fest im Sattel, und das französische Proletariat kann ihm keine Macht entgegenleben. In England aber hat das Proletariat Einfluss. Wir können von den englischen Arbeitern lernen. Die Bewegung der russischen Arbeiter zeigt uns, daß man dort nicht planlos pulst, sondern fest und planmäßig vorgeht. Das Betriebsrätegesetz ist ein Produkt der Revolution, doch es wird den Forderungen der Arbeiter nicht gerecht. Aber wir können das Gesetz nicht ignorieren, sondern wir müssen es ausbauen und dafür kämpfen, daß den Arbeitern weitere Rechte gewährt werden. Was die Inkarnations

fassung der Betriebsräte betrifft, so sind sozial-Demokratische und Selbst für uns ebenso Gegner wie diejenigen, welche sich revolutionär gebären, aber nicht als Revolutionäre handeln. Wir, die wir die revolutionären politischen Zielsetzungen zusammenfassen wollen, sind auf dem realistischen Wege. Es ist nicht die Aufgabe der Betriebsräte, nur revolutionäre Ziele zu heilen, sondern sie haben den Unternehmen gegenüber in bester Zusammenarbeit die Interessen der Arbeiter zu vertreten und ruht, ein Teil der Entscheidung, ausgerüstet mit Wissen und Sinnen. Die Interessen der Arbeiter über Betriebsangelegenheiten können erst von den Arbeitern selbst vertreten werden, ehe sich der Betriebsrat bilden darf. Die Arbeiter müssen dazu erzogen werden, das in Ordnung haben, ihre Rechte dem Unternehmer gegenüber zu verteidigen. Wo eine Firma verschiedene Betriebe hat, müssen sich die Betriebsräte zusammenschließen. Wenn Gründe der Arbeitsordnung haben die Betriebsräte zu unterstützen. Aufgaben über Einstellungen und Entlassung sind aufzuteilen, die den Betriebsräten die Mitwirkung gewähren. Wenn das auch nicht im Wege vorgesehen ist, so kann es durch Tarifverträge festgelegt werden. Das sind die praktischen Aufgaben. Die Betriebsräte sind wirtschaftliche Räte. Sie haben ihre Tätigkeit auf die Umstellung der Wirtschaft zu richten. Politische Arbeiterkräfte können erst in Wirklichkeit treten, wenn wir die politische Macht errungen haben, nach der wir streben. Bei dem Umstellungsprozess der Wirtschaft müssen Stopp- und Handarbeiter zusammenwirken. Die USA hat mit der Demokratischen und der geistigen Umstellung der Kopfarbeiter mehr revolutionäre Arbeit geleistet, wie man, der mit revolutionären Reden von Stalin aufgerissen hat bis an die Dären. Die Gewerkschaften, Hand- und Stopparbeiter, sind die Träger der Wirtschaftskörper. Sie, mit ihren 9 Millionen Mitgliedern, haben das große Werk der wirtschaftlichen Umstellung zu vollbringen. Die Betriebsräte sind Vertrauensleute der Arbeiter. Nur im Zusammenarbeiten mit den Gewerkschaften können sie ihre Aufgaben erfüllen. Bleibt bei eurem Mutterboden, den Gewerkschaften, und laßt euch nicht irremachen durch das Gerücht, die Gewerkschaften seien gegenrevolutionär! Aufschäme vertriebt! Distanz die radikalen Kreise gegen die Arbeiterkameradschafteninternationale und die Zerpflikermassenarbeit von kommunistischer Seite. Die Einheit der Gewerkschaften müsse unter allen Umständen erhalten bleiben.

Starker Beifall folgte diesen Ausführungen.

Im Anschluß daran wurde die bereits mitgeteilte Sympathieerklärung des Kongresses gegenüber den an dem Nachlass im Berliner Zeitungsgewerbe beteiligten Angestellten und Arbeitern einstimmig angenommen.

Der zweite Referent zu diesem Punkte, Klemens Wörpel, besprach die Entwicklungsgeschichte des Betriebsrätegesetzes, auf dessen Wichtigkeit er hinwies. Dabei würden die wenigen Räte der Betriebsräte durch das gesamte Unternehmertum noch laodieren. Eine langsame Arbeit der Betriebsräte sei daher unmöglich. Die Arbeitslosigkeit müsse beseitigt werden durch eine Erweiterung der gesetzlichen Bestimmungen, wie der Redner eingehend begründet, unter Verlesung von drei Resolutionen, die der Kongress zu den feinsten machte.

Aber die organisatorische Zusammenfassung der Betriebsräte sprach kurz Emil Brodat. Es sei unmöglich, daß die Betriebsräte, losgelöst von den Gewerkschaften, ihre Aufgabe erfüllen könnten. Es beständen heute schon so viele Organisationen, daß es nicht rätlich sei, auch für die Betriebsräte noch eine neue selbständige Organisation zu schaffen. Man müsse sie vielmehr im Interesse einer allgemeinen Wirksamkeit den Gewerkschaften angliedern. Redner legte eine dementsprechende Entschließung vor.

Dann kamen die beiden Korrespondenten Brandler und Richard Müller ausführlich zum Worte. Beide bemühten sich, den Nachweis zu erbringen, daß sie keineswegs beabsichtigten, die Gewerkschaften national zu zerpflikern. Brandler, der gewandtere Redner, suchte u. a. aus, daß die bisherigen Methoden des Klassenkampfes zur Beseitigung des Kapitalismus nicht genügen. In die alten Schläuche dürfe kein neuer Wein gefüllt werden. Wie in der Natur die Zeit der Reife genau begrenzt ist und überreife Früchte, so bestehe auch in der sozialen Revolution die Gefahr der Überreife und des Verfalls der revolutionären Kräfte. Die konkreten Aufgaben der Betriebsräte seien darin zu erblicken, daß diese alles tun, um die Arbeiter aus der beherrschten Position zu Herren des Produktionsprozesses zu machen. Aus dem Boden der kapitalistischen Gesellschaft sei aus dem Zusammenbruch der Wirtschaft nicht herauszukommen. Der Weg, den die Referenten zeigten, führe aus dem Chaos nicht heraus. Der von ihm (Brandler) gewählte führe zwar zunächst in noch größeren Chaos, aber er überwinde schließlich das Chaos. Müller vertrat insoweit die Ansicht, daß alle Betriebsräte zusammengefaßt werden müßten, gleichgültig, welcher Organisation sie angehören oder ob sie überhaupt organisiert sind. Beide Redner landeten bei der Minderheit lebhaften Beifall.

Zu Beginn der Schlußsitzung erhielt der russische Gewerkschaftsvertreter Pofowski ausnahmsweise der Tagesordnung das Wort, um den Aufbau der Betriebsräte im Reichland zu schildern.

Dann wurde die Diskussion eröffnet, an der sich nur zwei Redner beteiligten, darunter der Kollege Piecznyk (Hamburg), der verlangte, daß das Betriebsrätegesetz so ausgebaut wird, wie es den Arbeitern vor seiner Annahme vorbehalten worden ist. In den Schlußwortsatzungen würden die Positionen der Arbeiter seit dem letzten Reichstagswahlkampf immer mehr zurückgedrängt. Nur in Verbindung mit den Gewerkschaften könnten die Betriebsräte etwas erreichen.

Es folgten hierauf die Schlußworte der Korrespondenten Brandler und des Referenten Dismann. Der erstere verurteilte nochmals die

Ausführungen des letzteren zu widerlegen, was ihm jedoch vorbeigelaß. Dismann hingegen reagierte in scharfen, oft von Beifall unterbrochenen Worten mit beiden Korrespondenten in grundsätzlicher Weise ab. Er sprach unter starkem Beifall mit den Worten: Die hier vertretenen Betriebsräte können als denkende Männer nicht anders entscheiden als durch Zusammenarbeiten mit ihren alten Kampforganisationen. Gelingt es nicht, die Gewerkschaften auf einem gemeinsamen Kampfplatz mit den Betriebsräten zu vereinen, so ist die Zukunft unklar.

Sodann wurde in die Abstimmung über die große Zahl der verlesenen Resolutionen und Anträge eingetreten. Die Resolution Brodat, die die organisatorische Zusammenfassung der Betriebsräte betrifft, wurde mit starker Dreiviertelmehrheit angenommen. Sie lautet:

Die Arbeiterklasse hat wie sonst, die ihr als einzige Instanz, zur Vertretung der Interessen der Arbeiterklasse, die die Kraft zur Tat werden zu können und die die Verantwortung für die Produktion zu bedürfen. Den Betriebsräten wird durch ihre Stellung im Produktionsprozess bedeutende Aufgaben gestellt, die ihnen nicht allein in der Verantwortung auferlegt. Die Betriebsräte müssen ihren Platz in den Gewerkschaften, die nach wie vor in erster Linie als Kampforganisationen der Arbeiterklasse zwischen Kapital und Arbeit anzusehen sind. Die Stellung der Betriebsräte gegenüber den Gewerkschaften ist zu klären, wobei die Betriebsräte ihre Aufgaben zu erfüllen haben, wenn sie das Recht der Gewerkschaften jeder Linie. Der Aufbau der Gewerkschaften zu unabhängigen Industrieverbänden ist Sache der Arbeiter.

Die Betriebsräte sind innerhalb der Gewerkschaften organisatorisch zusammenzufassen. Eine Sonderorganisation der Betriebsräte ist weder durch den Zweck noch durch die Aufgaben, die sie wahrnehmen, abgegrenzt von der gewerkschaftlichen Tätigkeit, die wirksam die Interessen der Arbeiterklasse zu vertreten hat. Die Betriebsräte sind als Organ der Arbeiterklasse im Produktionsprozess anzusehen. Die Stellung der Betriebsräte gegenüber den Gewerkschaften ist zu klären, wobei die Betriebsräte ihre Aufgaben zu erfüllen haben, wenn sie das Recht der Gewerkschaften jeder Linie. Der Aufbau der Gewerkschaften zu unabhängigen Industrieverbänden ist Sache der Arbeiter.

Von den sonstigen Entschließungen sei nur noch die von Dismann vorgelegte und fast einstimmig angenommene sehr lange Resolution über wesentlichen Inhalt nach hier wiedergegeben:

Die dem Kapitalismus innewohnenden imperialistischen Tendenzen haben die Weltwirtschaftskrise heraufbeschworen. Das Wirtschaftsleben wird von Jenseit, die in der mehr zusehenden Krise erschüttert. Die von Unternehmern geübte Saubere Verjährung der gewerkschaftlichen Rechte... In klarer Orientierung dieser Mittel und Hilfsmittel des Kapitalismus... tritt die langwierige, aber organisierte Arbeiterklasse an die den Betriebsräten durch die Situation gestellten Aufgaben heran... Die Betriebsräte sind die gesamte Arbeiterklasse aufzuheben und sich selbst über die eigenen Aufgaben des Gesetzes hinausgehende Ziele setzen und ihre gesamte Tätigkeit dementsprechend zu richten... Die von den Betriebsräten auszuübende Produktionskontrolle darf sich nicht auf die einzelnen Betriebe beschränken, sondern sie muß in planmäßiger Weise aufbauen und organisieren, die Entwicklung zu einer sozialistischen über die einzelnen Industriewirtschaften hinaus, auf die Produktion, Produktivität, Vertrieb, Statistik usw.) wie der Gesamtindustrie werden... Diese Aufgaben zwingen die Gewerkschaften, die organisierten Mittel des selbstorganisierten Unternehmertums den entschlossenen Arbeiterkämpfern gegenüber zu stellen. Nur wenn in diesem Geist auf der ganzen Linie die Umstellung und Vorbereitung durchgeführt werden, werden die Gewerkschaften vor ihrer historischen Aufgabe bestehen: als einzige geschlossene Organisation des Klassenbewußten Proletariats Kämpfer, Wegbereiter und Träger der proletarischen Wirtschaftsordnung zu sein.

In einer weiteren, von Wörpel stammenden Resolution erklärte sich der Betriebsrätekongress einverstanden mit dem Aufruf der USA, der die Angestellten auffordert, den Betriebsräten die für die Kontrolle nötigen Angaben zu machen. Eine Resolution, die die Gewerkschaften auffordert, für den Zusammenschluß aller Hand- und Kopfarbeiter in Industrieverbänden zu wirken, wurde dem Ausschuss des Gewerkschaftsbundes überwiesen. Eine Protestresolution gegen den Erlass eines Dienstpflichtgesetzes und gegen die Befestigung des Achtstundentages wurde einstimmig angenommen, ebenso eine Resolution, die Vorschläge zur Lösung des Wohnungsproblems enthält. Eine andere Resolution verlangt von der Regierung, die Erwirkung der Aufhebung eines Beschlusses der Vorschaltkonferenz, daß sämtliche Diesel-Motoren, auch solche, die bereits zu gewerblichen Zwecken verwendet werden, vernichtet werden, und daß der Bau von Diesel-Motoren verboten wird. Beide Maßnahmen der Entente bedeuten eine ungeheure Schädigung unserer Wirtschaft und eine große Steigerung der Arbeitslosigkeit. In weiteren, ebenfalls angenommenen Resolutionen wurden Maßnahmen der Regierung verlangt gegen die Stilllegung der drei größten württembergischen Fabriken und für die Sicherung der Tätigkeit der Betriebsräte bei der Eisenbahn, die durch Stilllegungen der Verwaltung gehindert wird.

Vorschläge für die Neubesetzung des Rates der gewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale einzureichen, blieb den einzelnen Industriegruppen überlassen. Für die Gruppe Graphisches Gewerbe wurde nach vorhergegangener Besprechung der Delegierten und der Verbandsvorstände für den Beitrag in Vorschlag gebracht: Buchdrucker Wilhelm Baumeister (Dresden) als Vertreter; Papierfabrikarbeiter Max Wranke (Heidenau bei Dresden) als Stellvertreter; Buchdrucker Johann Piecznyk (Hamburg), Buchbinder U. Czike (Berlin), Hilfsarbeiter Erwin Borlop (Leipzig) und Papierfabrikarbeiter Anton Silberner (Grossen) als Ersatzleute.

In einer bemerkenswerten Schlußrede zog der Vorsitzende Aufhäuser den Exkurs aus den Beschlüssen des Betriebsrätekongresses und würdigte damit zugleich dessen Gesamtarbeit. „Nicht nur unser Wirtschaftsleben“, so führte er aus, „sondern die gesamte politische Arbeiterbewegung steht auf Regenwasser, ja, es hagelt sogar. Aber am fernsten Horizont werden die ersten Strahlen der Sonne wieder sichtbar. Der Betriebsrätekongress hat die kräftigste Quelle gezeigt, die den Gewerkschaften und den mit ihnen verbundenen Betriebsräten neue Kampfswaffen liefert. Die Unternehmer haben zu früh genehmt. In der ökonomischen Vertretung haben sich die Arbeiter eine neue Macht geschaffen. Große Fragen stehen zur Lösung: Sozialisierung des Berg-

...des, der Kampf um die Kontrolle der Produktion. Es geht hier nicht um Einzelinteressen, sondern ums Ganze. Der Kongress hat einstimmig festgestellt, daß der heutige Kapitalismus überreife geworden ist, und daß an seine Stelle der konsequente Sozialismus gesetzt werden muß. Der Betriebsrätekongress hat gezeigt, daß er gewillt ist, die Revolution aus der Elagnaiten herauszuführen, in die sie gekommen ist und vielleicht auch kommen mußte. Die Gewerkschaften sind gewillt, nicht in der alten Form zu erstarren, sie haben sich neue Waffen geschmiedet. Der konkrete Inhalt des Kongresses ist dreifach. Er hat drei große Kampfzweckrichtungen geschaffen: einmal die der freien Gewerkschaften und der Klassenpartei, zum zweiten die der Jugend- und Wandarbeiter und dritten die der Arbeitslosen und der Arbeitslosen. So hat der Kongress seine große historische Bedeutung, welche sie hinaus ins Land und werden sie die Genossen für dieses Programm und arbeiten sie für seine Erfüllung! Die Kontrolle der Produktion ist nur zu erreichen durch die Aktion der Gewerkschaften und der Betriebsräte. Der Kongress läßt uns mit gestärkter Zurück- und ermutetem Vertrauen vorwärts blicken.

„Damit habe der erste Betriebsrätekongress am 7. Oktober abends gegen 9 Uhr sein Ende erreicht.“

Wer die denkwürdige Tagung der deutschen Betriebsräte unvoreingenommen überblickt, der wird anerkennen müssen, daß der Kongress wertvolle Arbeit in dieser Hinsicht geleistet hat, als er durch den organisierten Zusammenschluß der Betriebsräte auf gewerkschaftlicher Grundlage die weitere Verwirklichung der proletarischen Kraft verbinde. Die selbständigen Betriebsrätezentren in Berlin, Halle und im Rheinland müssen damit als erledigt angesehen werden. Der Gang der eigentlichen Verhandlungen ließ überall die Absicht hervortreten, endlich einmal auf gemeinsamen Boden zu gelangen und darauf zu verbleiben. Referenten und Korrespondenten respektierten diese gute Absicht mit Ausmaß. Was sie trennte, war nicht ein Kampf um das Ziel, sondern nur der Kampf um den Weg zum gemeinsamen Ziel. Dabei zeigte es sich, daß diejenigen, die das Ziel am klarsten zu erblicken glücken, nämlich die sogenannten Moskauisten, am unklarsten sind über den einzuschlagenden Weg oder — besser gesagt — über die natürlichen Hindernisse auf dem Wege zum Sozialismus. Als Höhepunkt des Kongresses darf die Auseinandersetzung zwischen Bismann und Brandler über die Aufgaben der Betriebsräte bezeichnet werden. Gegen Bismanns Argumentation, daß es nicht nur genüge, die politische Macht an sich zu reißen, die notwendig ist, um die Umkehrung der kapitalistischen Wirtschaft in eine gemeinwirtschaftliche zu erreichen, sondern daß vor allem das Proletariat und die Betriebsräte reif gemacht werden müßten, um ihre Machtstellung auch im Wirtschaftskampf praktisch und erfolgreich zur Geltung zu bringen, kämpfte Brandler trotz seiner beherrschenden Sachlichkeit und Redegewandtheit vergeblich an. Und Richard Müller, der von der Hinzuziehung Christlicher, Sozialdemokratischer und Gelber eine Steigerung des revolutionären Glanzes der Betriebsräte erwartete, er fiel total ab.

Soweit in den über Gebühr ausgedehnten Verhältnissordnungsdebatten der als geschlossene Gruppe auftretenden Opposition die kläglichen menschlichen Schwächen unserer parteipolitischen Bewegung hervortraten, kann man sich damit trösten, daß die Mehrheit der Delegierten keine Unbilligkeiten und Verrätselungen zuließ. Dazu war in erster Linie das Verlangen der Opposition zu rechnen, die Gewerkschaften von der Leitung des Kongresses auszuschließen und in der Diskussion keinen Gewerkschaftsangehörigen zu Worte kommen zu lassen. Das mußte von vornherein auf eine sehr schwache Position derjenigen schließen lassen, die die Ausprache allein den Betriebsräten reserviert wissen wollten. Der Verlauf der Diskussion und das Stimmverhältnis lieferten den vollinhaltlichen Beweis dafür. Meiner wüßte einen besseren Weg, als er von den diegemäßigten „Gewerkschaftslogen“ vorgeschlagen wurde, und selbst die härtesten Verhältnissordnungsredner blieben bei den sachlichen Verhandlungen so kumm wie die Fische.

Den Sieg des Gewerkschaftsgedankens auf dem Betriebsrätekongress vermochten auch die Ausführungen des russischen Vertreters über die mit den Betriebsräten in Rußland gemachten Erfahrungen nicht im geringsten zu beeinträchtigen. Er hat das Gattrecht weidlich ausgeübt mit der stundenlangen Verlesung von Manuskripten, die unmittelbar darauf als Artikel in Extrausgaben der „Neuen Sonne“ erschienen und den Delegierten bereits zugestellt wurden, als der russische Interpret kaum das Reinerpult verlassen hatte. Erinnerungen an den Arbeiter- und Soldatenrätekongress im Dezember 1918 wurden wachgerufen durch das Erscheinen der Deputation des Reichsarbeitslosenrats mit ihrem auf der Straße stehenden starken Gefolge, durch das die Delegierten in der Alltagspause Speisegruben lauern mußten. Dank der konstanten Haltung ihres Kollegen Graumann, der gerade als Vorkühender anstörte, gelang die Vermeidung des Zwischenfalls glatt. Auf seinen Vorschlag wurden die vier Arbeitslosenräte mit beschließender Stimme zugelassen, um ihre berechtigten Forderungen vertreten zu können. Durch deren Überwindung an den Beirat, der die zur Durchführung erforderlichen Schritte bei den maßgebenden Stellen unternehmen wird, dokumentierten die Betriebsräte, daß ihnen die Lösung des Arbeitslosenproblems ebenso sehr am Herzen liegt wie den Arbeitslosen selbst.

Er nahm der erste Betriebsrätekongress einen Ausklang, wie er im Interesse der vorwärts- und aufwärtsstrebenden Arbeiterschaft liegt. Die Tagung selbst aber hat der breiten Öffentlichkeit die Bedeutung der Betriebsräte für das gesamte wirtschaftliche und staatliche Leben erst richtig offenbar werden lassen. Die Betriebsräte können im Nah-

men ihrer neuerschaffenen Organisation durch planmäßiges Arbeiten und geistige Durchdringung des Wirtschaftslbens ungemein viel zur Verbreitung der Erkenntnis beitragen, daß der Sozialismus kein Uebel und keine Utopie, sondern das notwendige System menschlicher Wirtschaft ist, das unser armes Volk aus seiner entsetzlichen Not herausführen soll zu besseren Verhältnissen!

Zur Tarifberatung Erneuerung der Tarifgemeinschaft

Wer die Geschichte der Tarifgemeinschaft, ihre Entstehung und ihre Weiterentwicklung kennt, der weiß, welche großen Schritte es gekostet hat, bis es gelungen war, sie zu dem Vollwerke zu bauen, als das sie heute dasteht. Die älteren und ältesten Fabrikanzeiger des Reiches wissen ein trautes Lied zu singen von der Zeit, in der es eine Tarifgemeinschaft in heutigem Sinne nicht gab, und die einzigen jüngeren Kollegen, die heute ihrem Berodammungsartikel zustimmen, müßten eigentlich erst einmal von seinen dieter Allen ein Vorbildmum darüber hören, welche Zustände in den Zeiten der lockeren Tarifgemeinschaft während der 70er und 80er Jahre und erst recht während des Interregnums von 1892 bis 1896 geherrscht haben.

Fragen wir uns, weshalb bei einem allerdings die kleine Minderheit bildenden Teile der Gehilfenschaft der Gedanke an die Erneuerung der Tarifgemeinschaft verpont ist, so können wir hier für zwei Ursachen ins Feld führen: Von ihren Veranemern wird die Tarifgemeinschaft als nicht mehr dem Geiste der Zeit entsprechend und deshalb als überlebt bezeichnet. Sie wird als ein Hemmnis betrachtet, das den Forderungen der Gehilfenschaft auf Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage unter den jeweils herrschenden Konjunkturerhältnissen im Wege steht. Die zweite Ursache ist in der durch reichliche Elemente unter die unentschlossene Masse hineingefragten und durch die ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse mangelhaften Zufriedenheit zu suchen. Sie wird künstlich mit Schlagwörtern genährt, die die Tarifgemeinschaft als der Uebel größtes Hindernis und sie als die Uebelmotive an der heutigen ible Lage der Buchdruckergehilfen bezichtigt. Wenn sie beseitigt ist, wenn die Harmonisierung fällt, würden wir im Buchdruckergewerbe wieder herrlichen Zeiten entgegengehen.

Wie liegen die Dinge? (Man mit unserm Saugewaltigen zu reden.) Vor der Einführung der Tarifgemeinschaft gab es nur in wenigen Orten Lokallotterie, und auch da wurde je nach der herrschenden Konjunktur bezahlt. War der Geschäftsgang ein reger, so bekam der Gehilfe ein hübsches Pfändchen mehr; gingen die Geschäfte schlecht, so wurde entweder am Lohne geknappt, oder die Löhne mußten ohne Rücksicht auf Stunden- oder gar tageweise Aussetzen. Und die Arbeitszeit? Die Gehilfenzüge war die Regel, in kleineren Orten eine elf- und zwölftündige Gang und gute. Die Verarbeiter arbeiteten sogar Sonntag, natürlich ohne Extravergütung. Und dann die Lehrlingszahl! Was erzählt darüber nicht die Verbandsgeschichte, die den jüngeren Kollegen gar nicht genug empfohlen werden kann! Kann die miserable Bezahlung bei Stoff und Loos! Ja, es waren gar traurige Zustände, die hier ausführlicher zu schildern zu weit führen würde.

Um diese trostlosen Zustände leuchtete nun die Tarifgemeinschaft von 1896 hinein, und wenn auch nicht mit einem Male, so wurde doch nach und nach mit den Mängeln tüchtig ausgeräumt. Hat uns die Tarifgemeinschaft in Zeiten wirtschaftlicher Depression nicht auch vor Abbau des Lohnes geschützt? Wer möchte also diese Zustände wieder herbeiführen?

Die Gegner der Tarifgemeinschaft werden mir hier entgegenhalten, daß solche Zustände heute nicht wieder einreihen können, weil sich die Arbeiterschaft das einach nicht gefallen lassen würde. Holla, ihr ganz Modernen, sind Rückschlüsse wirklich ganz ausgeschlossen? Hat es nicht in nachnovemberlicher Zeit schon schwere Niederlagen für eine ganze Reihe von Berufen gegeben? Sind denn nicht die Unternehmer durch die von dem parteipolitischen Krieg und durch die ewige Politiktaktik der ganz Radikalen eingetretene Schwächung der Arbeiterschaft gehörig gestärkt worden? Sie fortgesetzten Kampfparolen tun es wirklich nicht. Die damit jetzt so freigeig und lauten nur den heroischen, mit schwerer Niederlage leendeten Kampf 1891/92 mit seinen harten Rückschlüssen in Familie und Organisation durchgemacht haben.

Was haben uns dagegen die 24 Jahre des Bestehens seit dem Bestehen der jetzigen Tarifgemeinschaft gebracht? Vor allen Dingen den nur in ruhigen Zeiten möglichen Auf- und Ausbau der Verbandsorganisation, dann die Anwaltschaft auf einen festen Lohn, geregelte und kürzere Arbeitszeit, geordnetere Verhältnissordnungen, in der Überstundenarbeit Beseitigung der willkürlichen Bezahlung und Prioritäten, Schutz bei Arbeitsbilligen, Schutz der Organisationszugehörigkeit, in weitem Maße Wohlbestimmungen gerecht, ferner geordnete Verhältnissordnungen, wichtige Bestimmungen über Maschinenbedienung usw. Solch sichere Zustände sollten wir wahren, nur weil elliche Heißsporne mit dem Kopfe durch die Wand rennen wollen?

Und was ist es, das sie an Stelle des Spahen in der Hand (Tarifgemeinschaft) so heiß propagieren? Der freie Tarifvertrag! Also keine Gemeinschaft mehr zwischen der Allgemeinheit der beiden Interessengruppen.

Vorausgesetzt einmal, der freie Tarifvertrag käme zustande, und die Kollegen der Großdruckstände würden auf Grund des selben größere pekuniäre Erfolge erzielen. Wie lange würde das wohl dauern? Gar bald würden die in den Großdruckwerken noch vorhandenen Druckaufträge nach der Provinz wandern — es ist von Berlin sehr

schon viel hinausgegangen, weil die Provinz zu niedrige Löhne hat —, und die einstmals von den Provinzialkollegen benannten Großstadtkollegen würden sich gar bald vor einer Arbeitslosigkeit stellen sehen, die ihnen die Zeit der „miserablen“ Tarifgemeinschaft als zurückweisener erweisen ließe. Die weitere Folge der „Errungenschaft“ der Großstadtkollegen würde sein, daß immer mehr Provinzialkollegen nach der Großstadt z. reisten, dadurch das Reserveheer noch bedeutend vermehrend und so durch das Überangebot an Arbeitskräften die Löhne drückend. Die alten Kollegen würden in noch erhöhtem Maße wie vor dem Krieg auf das Pflaster geworfen werden (selbst wenn die Staffelung fallen sollte), denn die Prinzipale würden lieber mit im kräftigen Mannesalter stehenden Gehilfen arbeiten als mit alten verbrauchten. Die Gehilfenmaschinen aber würden noch mehr ausgenutzt werden. Das wäre der „Erfolg“ des freien Arbeitsvertrags!

Wer sich alles dies reichlich überlegt, kann nur zu dem Schluß kommen, daß für die Gehilfenchaft einzig und allein nur eine straffe zentralisierte Tarifgemeinschaft in Frage kommen kann. Zentralisierung würde lediglich zur Vorleistung der Prinzipale sein, die bald den Tarif so spalten würde, wie die „kommunistischen Zellen“ in den Werkschiffen es nach Moskauer Diktat auch nicht mehr vermöchten. Selbstverständlich eine Gemeinschaft, die dem Geiste der Zeit entspricht, die den Gehilfen auch das Recht verschafft, auf den Gang der Produktion und die Preisgestaltung Einfluß auszuüben und auch an dem von ihnen geschaffenen Mehrwerte teilzunehmen.

Merkwürdig ist es, wie die Radikalen auf Gehilfenseite den Reaktionen im Prinzipalslager in die Hände arbeiten. Mit denselben Gründen wie die Gehilfenopposition lehnen die Tarifgemeinschaftsgegner innerhalb der Prinzipalchaft diese ab: weil sie an ein Gesetz gebunden sind, das ihnen die Ausnutzung der für sie günstigen Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt unterbindet. Sie wollen wieder, wie ehemals, nach Goldminen zahlen, wollen ungehindert bei der Einstellung unres Nachwuchses sein; mit einem Worte, sie lehnen die „herrlichen“ tariflicheren Zeiten wieder herbei, in der sie die Herren über Sinecure waren, in der sie bezahlet konnten, wie sie Lust hatten.

Nur das eine bedenken diese Herren dabei nicht, daß die Gehilfenchaft heute eine ganz andre geworden ist, als wie sie, so was erkrankt, es vor 40 Jahren war; daß heute in dieser ein ganz anderer Geist herrscht; daß der Gedanke des Sozialismus, des Mittelstimmens über Ausbeutung ihrer Arbeitskraft so fest im Sub gelagert hat, daß ein Zurückfallen in die alten Zeiten für immer vorbei ist, wenn die Gehilfenchaft einzig ist.

Saben die Herren von der Tarifgemeinschaft wirklich keine Vorteile gehabt? Waren die Jahre des Friedens, die ihnen diese gebracht haben, wirklich nur verlustbringend? Das Gegenteil ist das Fakt! Die Erudipaläfte in den Großdruckereien und auch in vielen Ekläden der Provinz bezeugen es, daß die Prinzipale sich mit Projekten belassen konnten, die auf Jahre hinaus fruchtbar Zustände voraussetzten, die zu verwirklichen sie in einer tarifgemeinschaftslosen Zeit nie und nimmer imstande gewesen wären, und sie bewiesen andererseits, daß die Prinzipale trotz der Tarifgemeinschaft immer noch gut verdient haben müssen. Zum Beweise hierfür nur zwei Beispiele von vielen: Ein Druckereibesitzer, der im Jahre 1910 mit nur drei, höchstens vier Gehilfen arbeitete, in der Zeit 1919 in dem bekannten 2-granierblatt „Deutsche Tageszeitung“ den Lauch seiner Druckerei gegen ein Rittergut (das doch immerhin nicht unter 50000—60000 Mk. zu haben sein dürfte). Ein anderer — durch seine in der eigenen Vaterkorrespondenz gegen die Tarifgemeinschaft gerichteten Angriffe in der Buchdruckereiwelt nicht so ganz unbekannt —, der ganz klein vor rund zehn Jahren anfang, hat sein Unternehmen veräußert und sich ein Rittergut für dreiviertel Millionen Mark gekauft! Beweisen nicht die vielen Druckereigründungen in dem letztverflohenen Jahrzehnte vor dem Kriege, selbst in den kleinsten Provinzstädten, daß ihre Gründer sich von dem Verlusten der Tarifgemeinschaft Ruhe und Frieden versprochen, um ihr gutes Auskommen zu finden?

Sollten die größten Auser im Streit um die Tarifgemeinschaft, die Provinzprinzipale, so vernagelt sein, daß sie Vorteile, die ihnen eine ruhige Entwicklung im Gewerbe bieten, aufs Spiel setzen wollen, nur weil die Gehilfenchaft eine menschenwürdige Bezahlung fordert? Ich nehme an, daß auch im Prinzipalslager die Gegner der Tarifgemeinschaft in der Minderzahl sind.

Und darum glaube ich, daß es bei den bevorstehenden Tarifverhandlungen zu einer Einigung kommen wird, denn bisher hat doch immer noch die Vernunft über die Unvernunft den Sieg davongetragen. Freilich, ein zäher Kampf wird auf beiden Seiten in die Ausgestaltung geführt werden, denn es wird der Fortschritt mit dem Rückschritte ringen müssen, und es wird sich zeigen, ob bei untern Meistern nicht doch Elemente des neuen Zeitgeistes unterchlupf gefunden haben. Wenn das nicht der Fall sein sollte, nun, dann haben sie sich die Folgen selbst zuzuschreiben.

Berlin-Schöneberg.

A. D.

Zur „Qualitätsabstufung“ in den Gehilfenanträgen*

Für die Maschinenfeger und die Korrektoren werden als Mindestlöhne die „der übrigen Gehilfen plus 25 Proz.“ Aufschlag verlangt. Unter der Voraussetzung, daß der sowohl von den Gehilfen wie von den Prinzipalen beantragte „Lohnausgleich“ für „hinderreiche“ Familien nicht zum eigentlichen Lohn (= Entgelt für geleistete Arbeit)

* Vgl. die allgemeinere Erörterung der Frage des „Qualitätslohns“ in dem Aufsatz „Arbeits- und Lohnfragen“ in Nr. 25 des „Vorr.“.

gezählt, also, ohne Aufschlag, für alle unterhaltsberechtigten Familienangehörigen gleich hoch bemessen wird, entsprechend den Minderzulagen in der Lebensversicherungsordnung; unter dieser allerdings nicht unzweideutig aus der Formulierung der Anfrage sich ergebenden, also vielleicht nicht einmal richtigen Voraussetzung wurden demnach den Mitgliedern der beiden „Qualitätsparten“, den gelehrten Grundlohn von 100 Mk. ohne Teuerungszulag angenommen, in den billigsten Orten (Lohnaufschlag von 5 Proz.) 6 Mk. täglich (Sonnt. und Feiert.) für ihren eigenen Bedarf mehr zur Verfügung stehen als den Mitgliedern der Normalparten. Je höher der Lohnaufschlag und die Teuerungszuläge, um so höher auch dieser persönliche „Qualitätszuschlag“.

Auf der andern Seite sollen die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Hilfsarbeiter besonders geregelt werden. Wenn es so gemacht wird wie bei der Festlegung der letzten Teuerungszuläge, so bedeutet das die Aufstellung einer Art „Minderpartei“, deren Lohn, noch wieder abgestuft nach Untergruppen, ausgedrückt wird in unter 100 liegenden Prozentanteilen des Gehilfennormallohns.

Wenn einmal klar geworden ist, daß der Geldlohn nur Sinn hat als Anweisung auf die realen Existenzbedürfnisse Nahrung, Kleidung, Wohnung, Erholung, Lebensfreude, und daß in unrer Zeit, in der die ausgeprohene Hungersterblichkeit vor allem in den Großstädten weiter und weiter zunimmt, daß heute jeder, der mehr verbraucht, als er unvedingt zur Lebenserhaltung nötig hat, die en Mehrverbrauch eines andern, der zu wenig hat, entzieht — wer diesen en Zusammenhang durchschaut hat, der wird kaum noch Zuschlüge, die nicht existenznötig sind, seien sie noch so klein, ihr sich beanpruchten oder einem andern zubilligen wollen. Schon 1 Mk. Mehrlohn, den in einer Gewerkschaft von 1000 Mann der einzelne andern Gewerkschaften gegenüber begehrt, verdrängt diesen 1000 Mann für 1000 Mk. mehr Waren (Lebensmittel, Kleider u. w.) als der Arbeitskollege mit dem niedrigeren Lohn. Ein Beispiel aus der Leipziger Lebensversicherungsordnung: Für die Beamten und Angestellten der niedrigsten Gehilfenklasse ist es in der Wirkung gefühllicher, wenn in der ersten Gruppe 1100 Mann jährlich ein (errechnetes) Durchschnittsgehalt von je 13675 Mk., als wenn in der 13. Gruppe vier Mann Durchschnittslohn je 32400 Mk. beziehen.

Sind für eine bestimmte Zeit ein 200 Mk. wünschlich als Gehaltshöhe des Existenzminimums für einen erwachsenen alleinlebenden Mann festgesetzt, so gilt diese Summe, im großen und ganzen, für alle stehende Arbeiter jeder „Qualität“. Wer weniger bekommt, erhält nicht den Teil, den er zu beanspruchen hat; wer mehr nimmt, hat (wenigstens in unrer Notzeit, in der kleine Mittelkassen nicht mehr helfen können) mehr als ihm zusteht.

Sobald erst diese klare, eindeutige Parole sich durchgesetzt hat innerhalb der Arbeiterchaft, Angehörigenchaft und unteren sowie mittleren Beamtenchaft, die sich in Deutschland nach der letzten normalen Berufszählung von 1907 rund 77 Proz. der erwerbstätigen Bevölkerung ausmachten, so ist es theoretisch und praktisch ein leichtes, auch für den Rest das Einheitsinkommen notfalls zu erzwingen und die Produktion einzuhalten auf diesen einheitlichen Existenzbedarf. So ange aber noch innerhalb der Arbeiterchaft jede kleine Gruppe ihre besondere „Qualität“ hervorhebt, die abennmäßig mit einem bestimmten Mehranteil an der Gesamtgütermalie bewertet werden soll (auch die nicht nur von den Prinzipalen geforderte „Erdaffung von Lohnstufen nach Lebensalter oder Berufsjahren“, die der Stufenenteilung in der Lebensversicherungsordnung entsprechen würde, sowie ferner die Entlohnung im Berechnen liegen in der gleichen sachlichen Richtung), solange ist eine durchschlagende Formel dem „unberechtigten Unternehmergewinne“ gegenüber schwer zu finden.

Ich nehme an, daß unrer beiden „Qualitätsparten“ sich darüber klar sind, daß wir, oder richtiger, daß ich selbst Korrektor bin: daß die Kollegen der Normalparten kaum sich bereit finden werden, wenn im übrigen bei den Tarifverhandlungen irgendwie eine Einigung zustande gekommen ist, ihre letzten Machtmittel anzuwenden für eine Ertraentlohnung irgendwelcher „Qualitäten“. Ich hoffe, daß die so erparten Überlöhne dazu verwendet werden, auch den Hilfsarbeitern (die doch in der Regel die selben Existenzbedürfnisse haben wie die Gehilfen) sowie allen unfern nicht arbeiten können den Familienangehörigen ihr Existenzminimum zu verschaffen. Mit der üblichen „Solidarität“, die sich nur in Worten äußert, ist niemand geholfen.

Leipzig.

S. ROLL.

Rundschau

Maschinenwerke Beispiele. Aus Anlaß des 25jährigen Bestehens des „Maschinenmarkt“ zeigten sich die Inhaber der Buchdruckerei C. G. Vogel in Pöbmed in folgender Weise erkenntlich: Von den Arbeitern und Angestellten, die vor dem Kriege schon bei der Firma beschäftigt waren, erhielten die Verheirateten je 1000 Mk., die Ledigen je 750 Mk.; die über ein Jahr beschäftigten Verheirateten erhielten je 500 Mk. und die Ledigen je 375 Mk., die 1/2—1 Jahr Beschäftigten 250 bzw. 200 Mk. und die bis zu einem halben Jahre Beschäftigten 100 Mk. Außerdem wurde ein von der Firma erworbenes Schloß (Zummelschloß) dem Arbeiterrat zur Verwaltung als Erholungsheim für Angestellte und Arbeiter der Firma überwiesen; im nächsten Frühjahr sollen die ersten Erholungsbedürftigen darin Unterkunft finden. Ferner machte die Firma gleichzeitig folgende Stiftungen: 10000 Mk. für Bekleidung von Konfirmanden, 10000 Mk. für Speisung armer Schulinder, 10000 Mk. für die Lungenfürsorge, 10000 Mk. für die Kinderheilstätte, 10000 Mk. für das Kinderheim, 10000 Mk. für den Verschönerungsverein, je 5000 Mk. für drei örtliche Turnvereine,

500 Mk. zur Beschaffung einer neuen Kirchenglocke, 5000 Mk. für die Umbauarbeiten (Kücheneinrichtung), 3000 Mk. für die Apparat- und Zementarbeiten und je 10.000 Mk. für die beiden übrigen Kirchen-Apparatarbeiten. — Die Buchdruckerei August Lopp in Berlin-Wilmersdorf gewährte gelegentlich ihres am 1. Oktober fällig gewordenen 25jährigen Bestehens ihrem Personal nebst einem Bescheid mit Gratulation einen Wochenlohn extra. — In Wiegand gewährte die Buchdruckerei Max Weingie unter Berücksichtigung, daß der gegenwärtige Lohn zur Anschaffung des notwendigen Heizmaterials und zur Versorgung mit Startsteinen nicht ausreicht, fast ihrem gesamten Personal vorläufig im Betrage von 200 bis 500 Mk., die in kleinen Raten zurückbezahlt werden können. — In Oberswalde spendete die Buchdruckerei C. Müller der Kirchen- und Schulbuchhalle unseres Dorfes vereins den Betrag von 1500 Mk.

Freies Laubquartier für reisende Kessler. Seit einigen Monaten bewahrt auch die Magisterkassette Hannover den reisenden Kesslern freies Laubquartier.

Abgelegte Meißnerprüfung. Vor der Handwerkskammer in Liegnitz legten die Schüler Richard Menke, Bruno Schneider, Erich Scholz und Bruno Berger (Tauer) mit Erfolg die Meißnerprüfung ab.

Über den Preisabbau in die Haare geraten. Die Papelenfabrikanten sind in zwei Verbänden organisiert, der eine hat in Berlin, der andere in Chemnitz seinen Sitz. Man hat sich in Berlin über den Preisabbau berathen. Der Berliner wollte heruntergehen, obwohl die Verkaufspreise dazu noch nicht geeignet waren. Der Chemnitzer wollte auch erst mitmachen, unterlag dann aber dem Gegenrat der Papelenhändler. Nun drohte der Berliner Verband, dem Chemnitzer durch billigere Preise die Hölle heißzumachen. Und das war gut so. Denn kann man sich und zwanzig Stunden laquieren sich der Welt. So beschloß der Chemnitzer Verband ebenfalls zu einem Preisabbau und leitete die Verhandlung des gegenwärtigen Preisrückgangs auf die Bahn. Zu diesem Beschlusse kam dieser Verband, obwohl nach Aufhebung seiner „Sachverständigen“ sich die in den letzten Wochen beobachtete Senkung der Papierpreise nur als eine vorübergehende Erscheinung erwiesen habe und bereits wieder in das Gegenteil umzuschlagen drohe. Daran geht hervor, daß sich die Kessler aus dem bisherigen hohen Aufschlag schon einen ganz gehörigen Rückgang auf die harte Hand geleistet haben; denn sonst hätten sie doch angesichts der drohenden neuen Preissteigerung nicht eine Ermäßigung des Aufschlags um die Hälfte beschließen können. Es geht doch nichts über „auf rechnenden Unternehmerrgeist, der aus jeder Platte Honig zu lausen weiß! Nach den verschiedensten Begriffen des sogenannten römischen Rechts wird ein solches Verhalten zwar als häusliche Züchtligkeit beurteilt, der einfache oder gesunde Menschenverstand bezeichnet es aber als privatrechtliche Profligation.

Statuten des Reichsverbandes des Deutschen Handwerks. Die an verschiedene Adressen gerichteten Bescheide des Reichsarbeitsministeriums, von denen wir einige dem Inhalte nach, andere in gekürzelter Wortlaute mitgeteilt haben, daß alle das Arbeitsverhältnis regelnden Bestimmungen auch für Lehrlinge in den Tarifverträgen festgelegt werden können, wenn nicht besondere, schon gesetzlich vorgezeichnete Fälle in Betracht kommen, bringt die Zustimmung jedesmal in Raurei. Sämtlich hat genannter Reichsverband wieder einmal die Presse mißbraucht, um in einem Wahlzettel gegen das Reichsarbeitsministerium Stellung deswegen zu nehmen. Er widerspricht durchaus und erklärt frank und frech, Bestimmungen über das Lehrlingswesen im Handwerk könnten in Tarif- und namentlich in Reichstarifverträgen überhaupt nicht getroffen werden. Mit komischem Ernst wird zum Schluß gesagt: Der Reichsverband erhebt deshalb auch Widerspruch gegen die vom Tarifamt der Deutschen Buchdrucker in Kraft gesetzte Lehrlingsordnung, die die Gewerbeordnung einfach übergeht und außerdem andere Gesetzesverletzungen enthält.“ Man kann über diese Sinnenkreuzer nur noch lachen.

Der Gemeindegewerkschaftsbezirk in Sachsen und die Ärzte. Die Gemeindegewerkschaft der Grob- und Mittelstädte Sachsens stand vorige Woche im Streik wegen wirtschaftlicher Forderungen, über deren Berücksichtigung in Hinblick auf die gegenwärtigen teuren Lebensverhältnisse im Ernste keine Zweifel obwalten sollten. Nur kommt dabei in Frage, daß die Streikenden eine Machtposition auszunützen in der Lage sind, die nicht auf eigener Kraft der Gemeindegewerkschaft aufgebaut ist, sondern durch den Charakter ihres Produktionsgebietes als einem der wichtigsten Erzeuger des gesamten wirtschaftlichen Lebens in den betroffenen Städten gegeben ist. Es werden durch die Einstellung der städtischen Gas- und Elektrizitätswerke in Leipzig, Dresden, Chemnitz usw. nicht nur viele Tausende von Haushaltungen auch der Arbeiterklasse ganz empfindlich geschädigt, sondern Tausende der von der städtischen Gas- und Stromlieferung mehr oder weniger abhängigen Arbeitsstätten zum teilweisen oder gänzlichen Stillstand verurteilt; wodurch neben weiteren Konflikten zwischen Unternehmern und Arbeitern grobe Schädigungen des gesamten Produktionsprozesses entstanden sind. Auch der Druck des „Korr.“ ist gerade zu sehr ungelegener Zeit dadurch bekanntlich in der üblichen Weise unmöglich geworden. Das sind zweifellos Erscheinungen, die bei der Beurteilung des Konflikts zu ganz verschiedenen Schlussfolgerungen führen, je nachdem man zu den wirtschaftlichen Zielen und Streitfragen steht. Wir erblicken in den Forderungen der streikenden Gemeindegewerkschaft zwar keine Überspannung, müssen aber betonen, daß die Lage der übrigen Arbeiter im allgemeinen noch viel schlechter ist. Weltlich wäre es daher gewesen, wenn die Gemeindegewerkschaft ihre durch

die Eigenartlichkeit ihres Arbeitsfeldes geflossene Machtposition für die Forderung eines allgemeinen Preisabbaues eingesetzt hätten. Dadurch wäre die Empfindlichkeit der großen Masse des Volkes für diese Bewegung sicher eine viel größere geworden und hätte auch andre Ausschüßigkeiten für die Streikenden eröffnet. Obgleich verfehlt halten wir jedoch die Stellungnahme der Leipziger Ärzte in dieser Frage. Die hellen sich insoweit durch den Streik verursachten genau ganz erheblichen Gefährdung und Erdrückung der ärztlichen Praxis in einer besonderen Art überantwortung auf einen ich offen gegenständlichen Standpunkt gegenüber dem Stande der Gemeindegewerkschaft. In dieser desbezüglichen Erklärung verurteilen sie den Streik auf das schärfste und katebten den Gemeindegewerkschaften die Schuld für die Folgen zu, indem diese „in streichendster Lichterlichkeit zur Erlangung wirtschaftlicher Vorteile Leben und Gesundheit ihrer Mitbürger auf das Spiel setzen“. Vom gewerkschaftlichen Standpunkt aus, der uns bekanntlich zum letzten Preisstreik als einem berechtigten Streiken nach Besserstellung der Praxis in abseitiger und sympatibler Weise Stellung nehmen ließ, müssen wir den einseitigen Standpunkt der Leipziger Ärzte, denen sich übrigens auch die Ärzte in Dresden und Chemnitz in gleicher Richtung angeschlossen, als einseitig verurteilen, wie diesen Gemeindegewerkschaften verwerfen. Was die Ärzte wäre es, alle Mittel und Wege zu suchen, die die Ausübung ihrer Tätigkeit auch ohne Hilfe der Gemeindegewerkschaft ermöglichen, genau so wie auch alle andern „Mitbürger“, die durch den Streik der Gemeindegewerkschaften benachteiligt werden, zusehen müssen, wie sie zu Rande kommen. Gerade der ärztliche Beruf bietet wie kaum ein andrer Einfluß in die trostlose Lage der Arbeiterschaft und ihrer Familien. Er sollte daher auch davor bewahren, in solcher Weise an der Oberfläche der sozialen und wirtschaftlichen Tragödie der Gegenwart zu plätschern, zumal auch die Ursachen des letzten Preisstreiks auf keiner andern Basis ruhen als auf der wirtschaftlichen Not vieler Ärzte. Von dem durchweg auf gesellschaftlichen Geiste der Ärzte läßt sich ein solches Verhalten in alle diese Verhältnisse und Folgen nicht erwarten. Die deutschen Ärzte könnten sich das höchste Verdienst um den Aufbau der deutschen Volkswirtschaft erwerben, wenn sie ihre Macht und ihren Einfluß im Sinne dieser Darlegungen Seite an Seite mit der hartbedrängten Arbeiterschaft der Forderung und Durchsetzung eines gründlichen Preisabbaues widmen würden, statt in oberflächlicher Kurzsichtigkeit direkt oder indirekt sich gegen die Arbeiterschaft zu wenden. Das wäre eine viel wirksamere Heilmethode für unser durch und durch krankes Volk und seine Lebensgrundlagen als alles Klammern an technische Hilfsmittel, die wohl gute Dienste leisten, wenn sie zu haben sind, aber keineswegs dafür verantwortlich zu machen sind, wenn im Falle ihres Versagens die ärztliche Kunst schiffbrüchig ist. Auch die Ärzte haben durch ihren Beruf eine Sachpostion gleich den Gemeindegewerkschaften, die zum größten Teil auf die sozialen und wirtschaftlichen Zusammenhänge der Volkswirtschaft zurückzuführen ist; würde diese beiderseitige Macht in wohlüberlegter Weise in den Dienst des Preisabbaues gestellt, so würde diese nicht nur den Interessen der Gemeindegewerkschaft und der Ärzte, sondern der Allgemeinheit dienen.

Das Existenzminimum nach Kuczynski im September. Für den einzelnen Mann werden in Groß-Berlin 145 Mk., für ein alleinstehendes Ehepaar 216 Mark und für eine vierköpfige Familie 295 Mk. wöchentlich berechnet; für den Arbeitstar sind in derselben Reihenfolge 24 Mk., 36 Mk. und 49 Mk. zum Lebensunterhalte notwendig. Diese Beträge verteilen sich auf die Posten: Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung, Bekleidung und Sonstiges. Man kann nach den für diese einzelnen Bedürfnisse angegebenen Sätzen sagen, daß sie durchweg recht mäßig angenommen sind. Wohnung (wenn auch nur Stube und Küche in Berechnung kommt) ist mit 9 Mk. ein ganz Teil zu niedrig angelegt. Heizung und Beleuchtung für 22 Mk. in der Woche zu haben, wird in Berlin gar nicht möglich sein; z. B. kämen nach Kuczynski Berechnung mit 6,60 Mk. für Beleuchtung im Jahre nur 343,20 Mk. heraus, während man in Leipzig an die 1000 Mark aufwenden müßte, da das Kochen mit Gas wohl eine größere Rolle spielt als die reine Beleuchtung. Der Posten Wäsche, Reinigung, Fahrgehalt, Steuern usw. mit 74 Mk. ist ebenfalls unterschätzt, und dann ist gewiß Verschiedenes von Belang gar nicht berücksichtigt. Es muß das alles einmal gesagt werden, da auch Calwers Listen immer zu niedrig bemessen sind; man hat uns darüber schon manche Vorstellung gemacht. Also 295 Mk. in Berlin als Existenzminimum ist nur ein imaginärer Begriff. Immerhin für viele noch ein erstrebenswertes Einkommen, auch für Buchdrucker. Wegen den August mit 303 Mk. ist fast kein Unterschied eingetreten. 28,50 Mk. hat nach Kuczynski eine Berliner Familie im September 1913 notwendig gehabt, jetzt muß sie um das 10fache mehr haben und lebt dann noch schlechter als vor sieben Jahren. Die Mark hatte im September 10—11 Pf. Wert und im August ebenfalls nicht mehr.

Preissteigerung in Nordamerika. In Waren sind Preissteigerungen von 30 bis 40 Proz. erfolgt. Der Handelssekretär stellt weitere Preisfälle kommen und verspricht sich dann Zunahme der Nachfrage. Die amerikanischen Geschäftskreise nehmen allgemein an, daß die Teuerung nun nachläßt. Die deutschen Geschäftskreise und die Großkapitalisten machen dagegen übergehend die größten Anstrengungen, die Preise weiter hoch zu treiben. Eines Tages werden sie aber erfahren, daß auch die Arbeiterklasse mit der Faust auf den Tisch schlagen kann, wie es General Hoffmann beim Friedenskongress in Brest-Litowsk getan hat. Es muß einmal umgekehrt erfahren werden!

